



Antrag

der Abgeordneten **Sabine Gross, Holger Griebßhammer, Volkmар Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Ruth Müller, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Pendlerinnen und Pendlern nicht in den Rücken fallen – Stark frequentierte Knotenpunkte entlasten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag lehnt die von der Deutschen Bahn ins Spiel gebrachte geplante Reduzierung des Zugangebotes im Regionalverkehr um bis zu 25 Prozent, um die stark frequentierten Knotenpunkte zu entlasten, ab.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, weiterhin im bisherigen Umfang Zugkilometer zu bestellen und so das ohnehin schon reduzierte Angebot aufrecht zu erhalten.

Begründung:

In verschiedenen Medien wurde thematisiert, dass die Task Force des Bundesministeriums für Verkehr und der Bahn erwägt, zur Entlastung der Knotenpunkte das Zugangebot als Ultima Ratio zu reduzieren. Die Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG unterstützt diese Forderungen und präzisierte, dass vor allem der Regionalverkehr reduziert werden solle. Vermeintlich würde eine solche Reduktion dabei helfen, besonders stark ausgelastete Knotenpunkte zu entlasten und die Pünktlichkeit zu verbessern. Pauschale Forderungen solch tiefer Einschnitte in das Zugangebot verbreiten Unsicherheit und kommunizieren den Bürgern, dass der Zugverkehr auf dem Land und auf stark frequentierten Strecken wie Augsburg–München stärker eingeschränkt wird, als dies schon aktuell der Fall ist.

Dass stark frequentierte Knotenpunkte entlastet werden müssen, steht außer Frage. Dass jedoch wie so häufig der Rotstift dort angesetzt werden soll, wo ohnehin schon kaum Angebot besteht, ist unverantwortlich. In ländlichen Gebieten ist der Zugverkehr bereits jetzt sehr dünn, denn erst im letzten Jahr wurden 500 000 Zugkilometer abgestellt – vorrangig im Regionalverkehr.

Viele Menschen – vor allem Pendlerinnen und Pendler – werden die Bahn als Verkehrsmittel komplett aufgeben. Wenn weniger Züge fahren, werden die Züge, die fahren nur noch voller. Dies würde wiederum zu weniger Absatz für das Deutschlandticket und andere Tarife bedeuten und Menschen vermehrt zurück zum Auto drängen. Dies kann eine Abwärtsspirale verursachen, in der weniger Absatz von Tickets und sinkendes Interesse an der Bahn als Vorsatz genutzt werden, weitere Kürzungen zu veranlassen.

Die vermeintlichen Vorteile solcher Maßnahmen sind dabei überschaubar, denn es wäre nur eine minimale Verbesserung der Pünktlichkeit und Verlässlichkeit zu erwarten. Wenn schon Reduktionen im Raum stehen, sollte man diese mit Maß angehen und andere Optionen zur Verbesserung der Situation in Erwägung ziehen. Aber wie auch schon in den letzten Jahrzehnten scheint bei Problemen mit dem Zugverkehr nur eine

Lösung in den Augen des Freistaates zu existieren: Immer weiter kaputtsparen, ausdünnen, abbstellen und Menschen in Autos zwingen. Das hat bisher nichts verbessert und wird die Lage auch in Zukunft nur weiter verschlechtern.